

Änderungsantrag 25

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag**B9-0229/2020****PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL**

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag**Ziffer 9***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

9. *bedauert zutiefst, dass der Europäische Rat die Bemühungen der Kommission und des Parlaments, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der Demokratie im Rahmen des MFR und des Aufbauinstruments der Europäischen Union (Next Generation EU) zu garantieren, nicht hinreichend unterstützt hat; bekräftigt seine Forderung, die Arbeit des Mitgesetzgebers an dem von der Kommission vorgeschlagenen Mechanismus zu vollenden, damit der EU-Haushalts geschützt werden kann, wenn eine systemische Gefährdung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte besteht und wenn die finanziellen Interessen der Union auf dem Spiel stehen; betont, dass dieser Mechanismus durch eine umgekehrte qualifizierte Mehrheit aktiviert werden sollte, wenn er wirksam sein soll; betont, dass dieser Mechanismus die Verpflichtung staatlicher Stellen oder der Mitgliedstaaten, Zahlungen an Endbegünstigte oder Empfänger zu leisten, nicht berühren darf; unterstreicht, dass die Verordnung über die Rechtsstaatlichkeit im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens verabschiedet wird;*

9. *bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass angekündigt wurde, dass Darlehen und Ausgaben davon abhängig gemacht werden sollen, ob die Mitgliedstaaten den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit achten, da dadurch einigen anderen Mitgliedstaaten ein Recht auf Kontrolle ihrer Innenpolitik eingeräumt werden könnte; bekräftigt sein Eintreten für die demokratischen Werte und die Souveränität der Regierungen bei der Durchführung ihrer nationalen Politik;*

Änderungsantrag 26

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag**B9-0229/2020****PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL**

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag**Ziffer 10***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

10. ***bekräftigt erneut, dass das Parlament seine Zustimmung zum MFR nicht ohne eine Einigung über die Reform des Eigenmittelsystems der EU geben wird, einschließlich der Einführung einer Palette neuer Eigenmittel bis zum Ende des MFR 2021-2027, die darauf abzielen sollte, zumindest die Kosten im Zusammenhang mit Next Generation EU (Kapital und Zinsen) zu decken, um die Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit des Rückzahlungsplans im Rahmen des Aufbauinstruments der Europäischen Union zu gewährleisten; unterstreicht, dass diese Palette auch darauf abzielen sollte, den Anteil der Beiträge auf der Grundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu verringern;***

10. ***verurteilt, dass die EU zur Finanzierung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit noch nicht vorhandene Eigenmittel einsetzt, die dazu dienen, Mindereinnahmen der Mitgliedstaaten auszugleichen; bedauert insbesondere die Zuweisung der Einnahmen aus dem künftigen CO₂-Grenzausgleichssystem und der Digitalsteuer für die Rückzahlung von Schulden im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit, da die Mitgliedstaaten bereits lange auf solche Steuereinnahmen für ihre Haushalte warten;***

Or. en

22.7.2020

B9-0229/27

Änderungsantrag 27

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

10a. lehnt die Anhebung der Obergrenze für die Eigenmittel der EU, die nun auf 1,4 % des BNE aller Mitgliedstaaten festgesetzt ist, ab;

Or. en

Änderungsantrag 28

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag**B9-0229/2020****PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL**

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag**Ziffer 11***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

11. **betont daher, dass diese Reform eine Palette neuer Eigenmittel umfassen sollte, die ab dem 1. Januar 2021 in den Haushalt der Union einfließen müssen; betont, dass die Kunststoffabgabe nur einen ersten kleinen Schritt darstellt, um den Erwartungen des Parlaments gerecht zu werden; beabsichtigt, einen von der Haushaltsbehörde zu vereinbarenden rechtsverbindlichen Zeitplan für die Einführung zusätzlicher neuer Eigenmittel im Laufe der ersten Hälfte des nächsten MFR auszuhandeln, wie etwa das Emissionshandelssystem der EU (und die Einnahmen aus künftigen Erweiterungen), das CO₂-Grenzausgleichssystem, eine Digitalsteuer, die Finanztransaktionssteuer und die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage; fordert eine MFR-Halbzeitrevision, um gegebenenfalls zusätzliche Eigenmittel in der zweiten Hälfte des MFR 2021–2027 hinzuzufügen, um sicherzustellen, dass das Ziel bis zum Ende des MFR 2021–2027 erreicht wird;**

11. **lehnt die Schaffung neuer Eigenmittel der EU, z. B. in Bezug auf eine Abgabe auf Kunststoffabfälle, ab, die letztlich zu einer stärkeren Besteuerung der Unternehmen und einer höheren Belastung der Bürger führen würde; hebt hervor, dass die Steuerhoheit zu den grundlegenden Souveränitätsrechten der Mitgliedstaaten zählt; betont, dass kein EU-Organ berechtigt ist, Steuern von den nationalen Steuerzahlern zu erheben;**

Or. en

22.7.2020

B9-0229/29

Änderungsantrag 29

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

***11a. lehnt die „vorübergehende“
Anhebung der Eigenmittelobergrenzen
um 0,6 Prozentpunkte, die bis zum
31. Dezember 2058 beibehalten werden
kann, ab;***

Or. en

22.7.2020

B9-0229/30

Änderungsantrag 30

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14a. ist der Ansicht, dass die Finanzierung von Horizont Europa, InvestEU, der Entwicklung des ländlichen Raums, des Fonds für einen gerechten Übergang und von RescEU mit 30 Mrd. EUR aus dem Aufbauinstrument der Europäischen Union ein neues Phänomen in der Geschichte der EU ist, da sie noch nie Darlehen zur Finanzierung traditioneller Haushaltsausgaben des MFR aufgenommen hat;

Or. en

22.7.2020

B9-0229/31

Änderungsantrag 31

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

14b. verurteilt die zahlreichen Aggressionen der Türkei gegenüber mehreren Mitgliedstaaten; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Beitrittsverhandlungen sowie die Zahlung sämtlicher Finanzmittel für die Türkei einzustellen;

Or. en

22.7.2020

B9-0229/32

Änderungsantrag 32

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 17

Entschließungsantrag

Geänderter Text

17. *fordert*, dass *spätestens Ende 2024 eine rechtsverbindliche* Halbzeitrevision des MFR *in Kraft tritt; betont*, dass *diese Revision die Obergrenzen für den Zeitraum 2025 bis 2027, die Umverteilung von nichtgebundenen und freigewordenen Mitteln des Aufbauinstruments, die Einführung zusätzlicher Eigenmittel und die Umsetzung der Ziele in den Bereichen Klimaschutz und biologische Vielfalt zum Gegenstand haben muss*;

17. *bedauert*, dass *es keine* Halbzeitrevision des MFR *geben wird*, was *zeigt*, dass *es an Flexibilität mangelt und dass die EU nicht in der Lage und nicht willens ist, ihre Prioritäten in Notsituationen wie der Zeit nach der COVID-19-Pandemie neu auszurichten*; lehnt die *fortgesetzte Forderung nach einer durchgängigen Berücksichtigung des Klimaschutzes mit Zielen, die insbesondere nach der Wirtschafts- und Sozialkrise schwer zu erreichen sind, ab*;

Or. en

22.7.2020

B9-0229/33

Änderungsantrag 33

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

19a. lehnt den Einsatz des ESM zur Ankurbelung der Wirtschaft nach der COVID-19-Krise ab;

Or. en

Änderungsantrag 34

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag**B9-0229/2020****PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL**

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag**Ziffer 20***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

20. *fordert sicherzustellen, dass durch die Reformen und Investitionen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität Synergieeffekte mit bestehenden EU-Fonds und -Zielen geschaffen werden und mit ihnen ein echter europäischer Mehrwert einhergeht sowie langfristige Ziele verfolgt werden;*

20. *bedauert die verstärkte Verknüpfung zwischen dem EU-Haushalt und dem Europäischen Semester, die zu einem weiteren Angriff auf die Souveränität der Mitgliedstaaten führen wird, wodurch die EU-Finanzierung zu einem Instrument der wirtschaftlichen und politischen Erpressung wird; stellt fest, dass die Aufhebung des befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen (C (2020) 1863) bei gleichzeitiger Wiederherstellung der Haushaltsvorschriften der EU und Einführung der im Rahmen des Aufbauinstruments der Europäischen Union geforderten neuen Maßnahmen die Fähigkeit einiger Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnte, alle Initiativen zu ergreifen, die auf nationaler Ebene erforderlich sind, um die sozioökonomischen Auswirkungen der Krise zu überwinden; fordert in diesem Zusammenhang, dass die Kontrolle der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten durch die Kommission gelockert wird, um im Gegenzug die fiskal-, haushalts- und währungspolitische Souveränität der Mitgliedstaaten vollständig wiederherzustellen;*

Or. en

22.7.2020

B9-0229/35

Änderungsantrag 35

Marco Zanni, Hélène Laporte, Jérôme Rivière, Jörg Meuthen, Gunnar Beck, Marcel de Graaff, Roman Haider
im Namen der ID-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. erinnert daran, dass die Vorfinanzierung für die Aufbau- und Resilienzfazilität (10 %) erst 2021 erfolgt; ist der Ansicht, dass mit keiner der auf EU-Ebene beschlossenen Maßnahmen die Mittel bereitgestellt werden können, die für einen wirksamen Impuls oder für die Behebung der durch die COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen und sozialen Schäden erforderlich sind; bedauert, dass die COVID-19-Krise als Vorwand genutzt wurde, um eine immer engere Integration des Euro-Währungsgebiets herbeizuführen und eine „immer engere Union“ (d. h. einen zentralisierten europäischen Superstaat) ohne jegliche demokratische Kontrolle zu beschleunigen;

Or. en